

Deutschland im demografischen Wandel.

Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

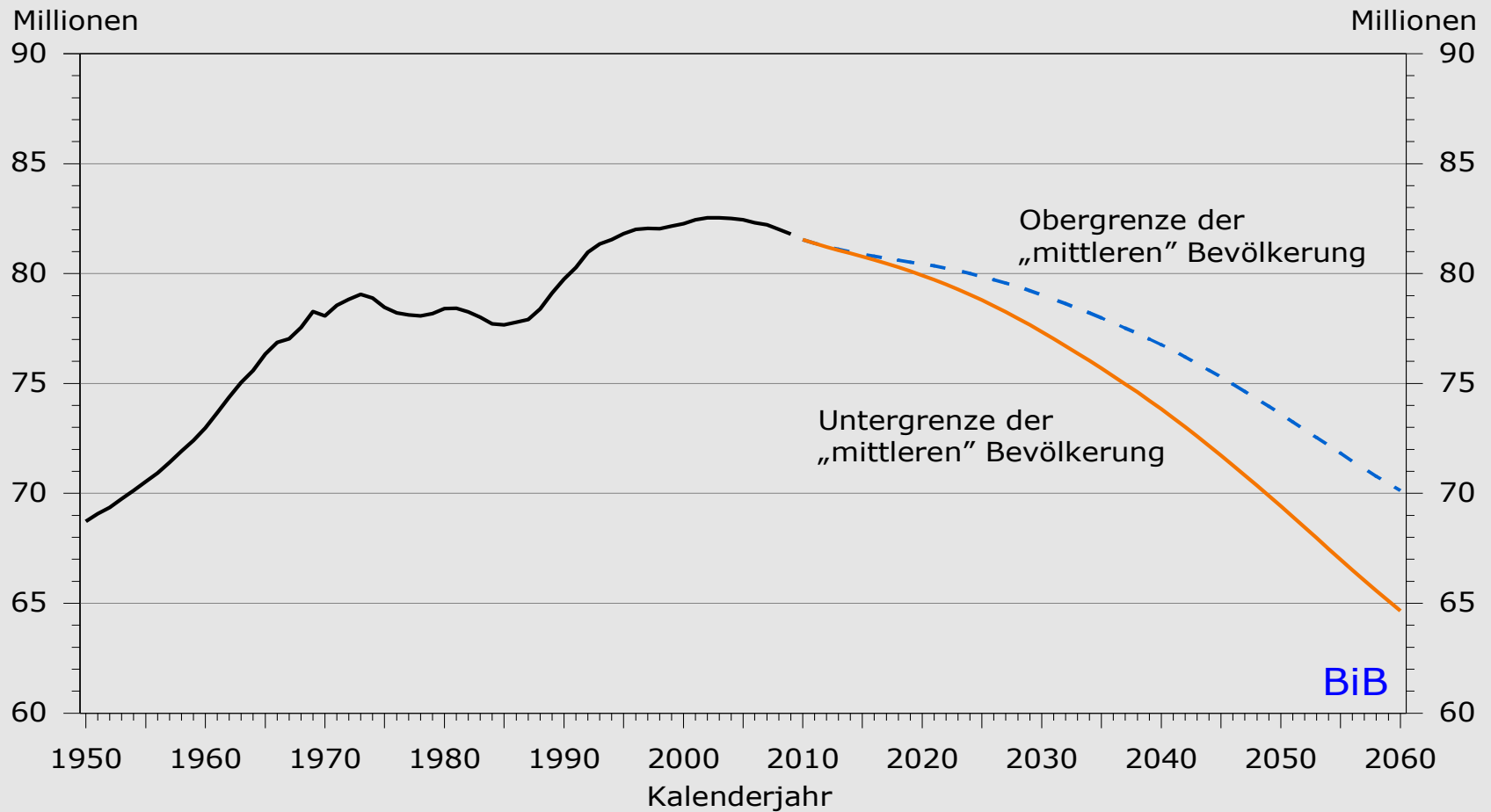
3. Berliner Demografie Forum
10. April 2014

Demografische Entwicklung im aktuellen Diskurs

- Deutschland schrumpft
- Deutschland wird bunter
- Deutschland altert

- Entwicklung der Größe der Bevölkerung
- Wachsende Vielfalt der Bevölkerung
- Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung

Bevölkerungsstand in Deutschland, 1950 bis 2060*



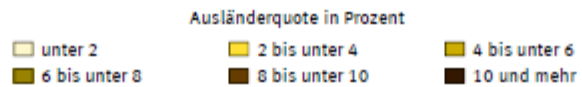
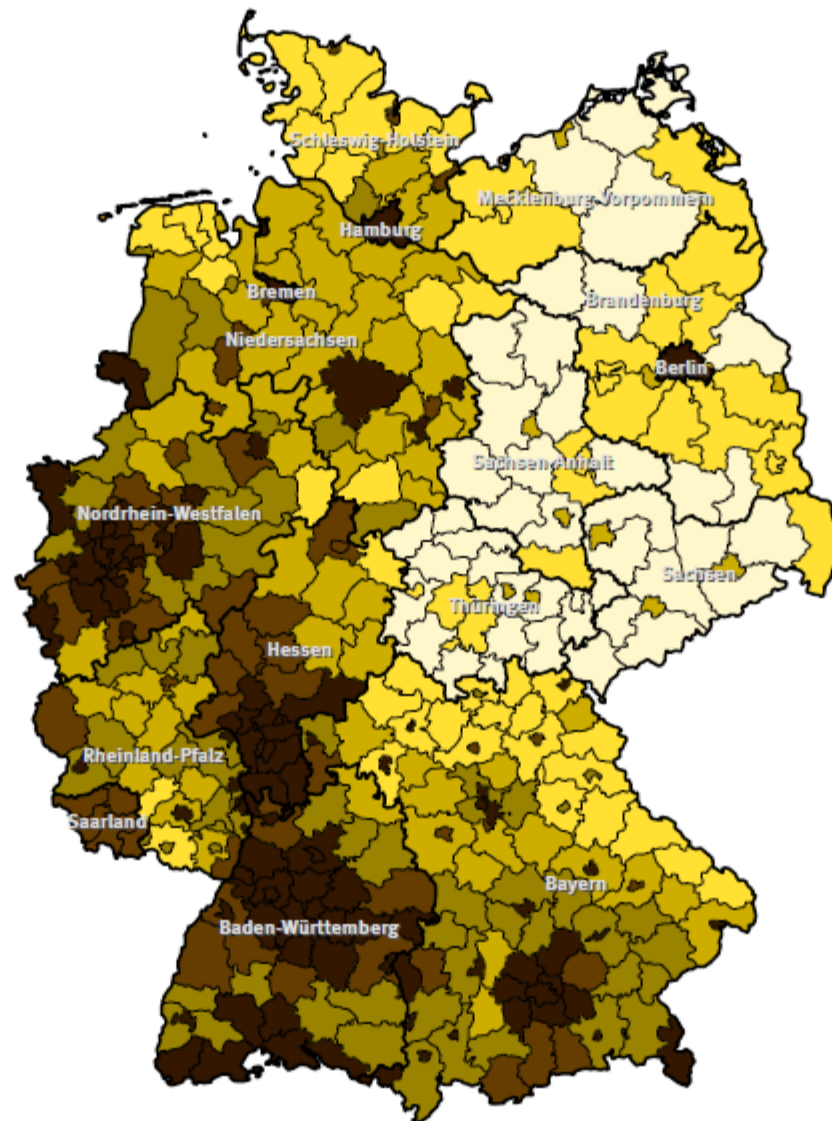
* 1950 bis 1989 Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt, ab 1990 Deutschland;
ab 2010: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Entwicklung der Größe der Bevölkerung

- Die Einwohnerzahl Deutschlands ist zum dritten Mal nacheinander gewachsen: von 80,2 (Zensus) im Jahr 2011 auf 80,8 Mio. im Jahr 2013.
- In 20 Jahren (2034) ist mit einer Einwohnerzahl von 77,5 Mio. zu rechnen. Das entspricht der Einwohnerzahl Mitte der 1980er Jahre.
- Auffallend sind die zu erwartenden ausgeprägten regionalen Disparitäten innerhalb Deutschlands bis 2034:
München: +20 %
Suhl: - 29 %

- Entwicklung der Größe der Bevölkerung
- Wachsende Vielfalt der Bevölkerung
- Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung
am 31.12.2013 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Entwicklung der Vielfalt der Bevölkerung

- Starke regionale Spreizung der Ausländerquote 2013:

Offenbach: 29,9 %

Erzgebirgskreis: 0,9 %

- Entwicklung der Anzahl der ausländischen Bevölkerung

1992: 6,6 Mio.

2012: 6,6 Mio.

(nach den am 10.4.2014 publizierten Zensusdaten:

6,2 Mio.)

- Entwicklung des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung

1992: 8,2 %

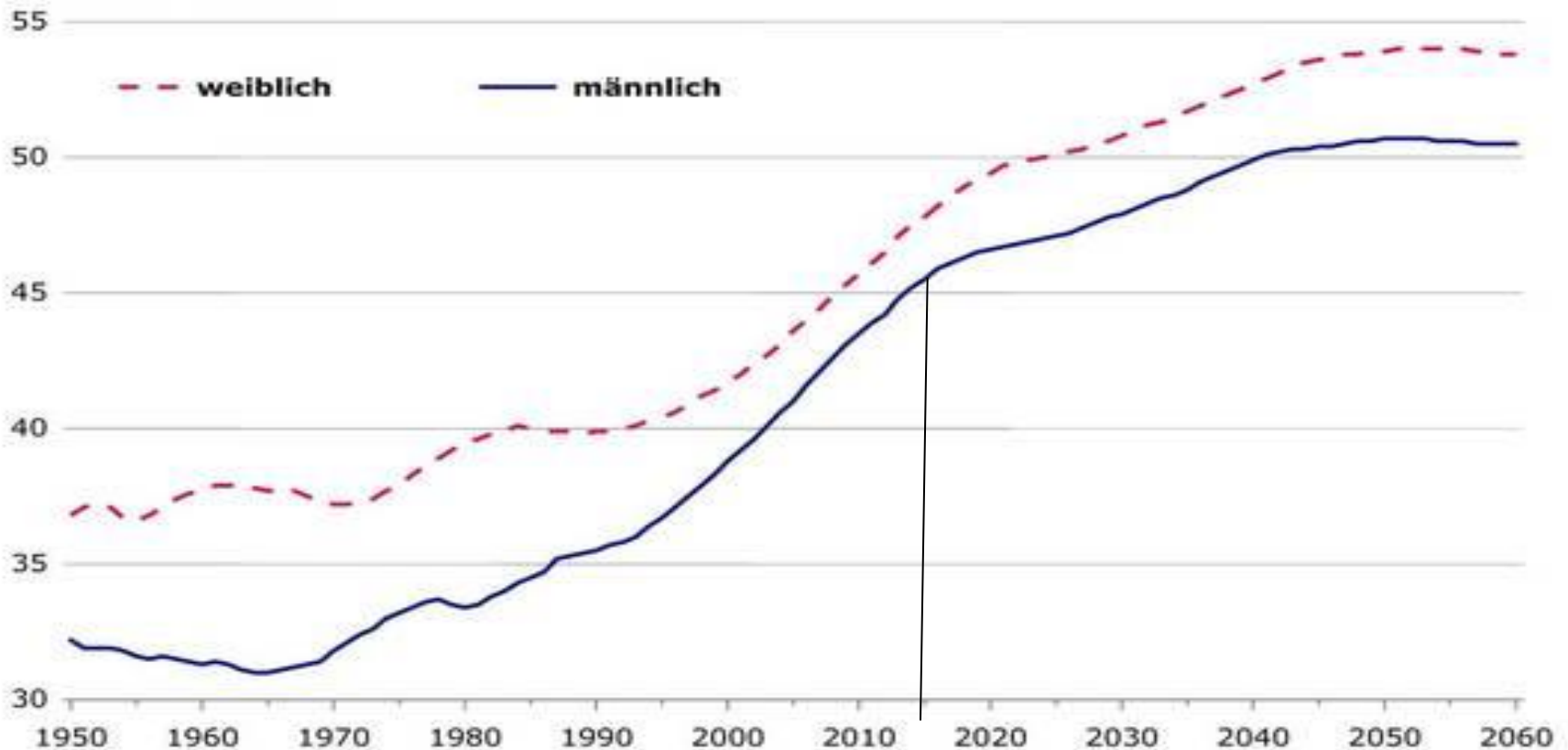
2012: 8,2 %

- Entwicklung der Größe der Bevölkerung
- Wachsende Vielfalt der Bevölkerung
- Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung



Medianalter der Bevölkerung in Deutschland, 1950 bis 2060*

Medianalter in Jahren



* Die Berechnungen für 2011 und 2012 beruhen noch auf der Fortschreibung früherer Volkszählungen. Die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 ergibt aber im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung und damit auch auf diese Berechnungen nur geringfügige Abweichungen.
Ab 2013: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder Variante 1-W1; Untergrenze der "mittleren" Bevölkerung

Alter der Bevölkerung in Deutschland im Wandel

- Deutschland hat derzeit die älteste Bevölkerung in Europa (Medianalter 46 Jahre).
- In den kommenden 20 Jahren ist ein weiterer Anstieg des Medianalters auf über 50 Jahre zu erwarten: Ein Plus seit 1980 um ca. 13 Jahre.
- Der Quotient von 20-64 zu 65+ Jährigen wird sich von 3,6:1 (2000) über derzeit 2,7 auf 1,7:1 im Jahre 2034 verringern.

Gesamtbewertung der demografischen Entwicklung

- Die demografische Entwicklung ist ein dauerhafter Prozess mit wechselnden Richtungen und Geschwindigkeiten. Das Wort vom „Demografischen Wandel“ suggeriert Besonderheit, zum Teil zu Unrecht.
- Gegenwärtige Veränderungen von Größe und Vielfalt sind historisch als nicht besonders auffällig zu bewerten.
- Neuartig ist jedoch die Dynamik der Alterung.
- Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung, aber auch eine Chance zur Erneuerung.

Demografische Entwicklung – Herausforderungen für die Politik

Grundsatzentscheidungen auf globaler Ebene

(UN-Weltbevölkerungskonferenzen 1974 und 1994)

1. Ziel bevölkerungspolitischen Handelns ist die Verbesserung der **Lebensqualität** der Menschen und nicht die Erreichung einer für wünschenswert erachteten Größe oder Struktur der Bevölkerung.
2. Die Lebensqualität wird hauptsächlich durch die Schaffung passender gesellschaftlicher Strukturen moderiert, die die **Wahlfreiheit** der Lebensführung fördern.

Gesetzliche Rahmenbedingungen in Deutschland

1. Herstellung der **Gleichwertigkeit** (Art. 72 GG) und Wahrung der **Einheitlichkeit** (Art. 102 GG) der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet.

> Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichartigkeit.

2. Gewährleistung der **Daseinsvorsorge** und Garantie der **Grundversorgung** im Hinblick auf infrastrukturelle, soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Angebote.

> Rechtlich nicht genau bestimmte Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung

Bevölkerungsorientierte Politik bewegt sich zwischen den Polen Anpassung und Intervention.

1. Inwieweit ist eine aktive, Ziel gerichtete **Intervention** in die demografische Entwicklung zu betreiben, um die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu stabilisieren?
2. In welcher Form hat eine **Anpassung** der gesellschaftlichen Strukturen an die demografische Entwicklung zu erfolgen, um so die Konsequenzen des Wandels zu bewältigen?

Grundsätzlich gilt für bevölkerungsorientiertes politisches Handeln:

1. Bevölkerungsorientierte Politik findet **vor Ort als wettbewerbsorientierte Standortpolitik** statt. Bund und Länder können dafür geeignete Rahmenbedingungen setzen.
2. Die Bevölkerungsentwicklung kann nicht unmittelbar, sondern nur **indirekt** durch die Gestaltung der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst werden.
3. Bevölkerungsorientiertes politisches Handeln hat selten kurzfristige Effekte; erwünschte Folgen können nicht über Einzelmaßnahmen, sondern nur durch **strategisches Handeln** erreicht werden.

Bevölkerungsorientierte Politik als kommunale und regionale Aufgabe bedeutet:

- Kreative Lösungen bei der Daseinsvorsorge entwickeln
- Bürger und Bürgerinnen intensiv beteiligen
- Grundversorgung in peripheren Räumen über Zugang, Mobilität und dem Prinzip der Zentralen Orte garantieren

Fazit und Ausblick

- Die aktuellen Herausforderungen des demografischen Wandels bestehen primär in der Bewältigung der Alterung und der enormen regionalen Spreizung.
- Die gegenwärtigen Trends der Bevölkerungsentwicklung geben keinen Anlass eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu befürchten.
- Entscheidend wird es sein, die strukturellen Wahlmöglichkeiten und damit die Lebensqualität durch den Umbau der Gesellschaft zu erhöhen.
- Mittelfristig bestehen zwei zentrale Handlungsebenen in Deutschland:
 - Die Erleichterung von Familiengründung und die
 - Entwicklung neuer Solidarformen im Alter.

Vielen Dank!

Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung
Wiesbaden

norbert.schneider@bib.bund.de

